

Medienmitteilung

Thema	Service public: weniger Staat – mehr privat
Datum	18. Juni 2021
Sperrfrist	Keine
Anzahl Zeichen (inkl. Leerschläge)	5'145
Rückfragen an	Doris Quaderer +423 / 794 00 15, doris.quaderer@stiftungzukunft.li

Hoher Reformbedarf im Service-public-Bereich

RUGGELL – Service public bedeutet frei übersetzt so viel wie «im Dienst der Allgemeinheit». Doch agiert der Staat wirklich überall im Sinne der Bevölkerung? Oder würden gewisse Dienstleistungen effizienter vom freien Markt erbracht? Zukunft.li nimmt in der am Freitag veröffentlichten Studie die fünf Infrastrukturunternehmen Post, Telecom, LKW, LGV und LIEmobil diesbezüglich unter die Lupe. In praktisch allen Bereichen besteht Reformbedarf, jedoch aus unterschiedlichen Gründen.

Liberalisierung und Digitalisierung haben die Rahmenbedingungen für die aktuelle und zukünftige Geschäftstätigkeit von Post und Telecom massiv verändert. Bei der Gründung der beiden Unternehmen vor rund 20 Jahren kamen E-Mails und Mobilfunktelefone gerade in der breiten Masse an. Seither hat sich das Briefvolumen halbiert, der Zahlungsverkehr in den Postfilialen ist um 60 Prozent eingebrochen. Der Paketmarkt ist längst liberalisiert, die Margen sind gesunken. Der Wegfall des noch bestehenden Restmonopols im Briefbereich steht kurz bevor. Im Telekommunikationsbereich wird die klassische Festnetztelefonie durch digitale Angebote verdrängt, die Konkurrenz wächst. Inzwischen buhlen acht Konkurrenten um Marktanteile in diesem Sektor.

Politik drängt öffentliche Unternehmen zu höheren Risiken

Für die Konsumenten ist mehr Wettbewerb grundsätzlich positiv, für die öffentlichen Unternehmen hingegen wird die Situation zunehmend zur Herausforderung. Denn von ihnen wird erwartet, dass sie in liberalisierten Märkten einen qualitativ hochwertigen Service public erbringen und dies möglichst eigenwirtschaftlich, sozial und ökologisch. Die Politik schreckt davor zurück, die Service-public-Anforderungen an die digitale und liberalisierte Welt anzupassen. Stattdessen drängt sie die staatlichen Anbieter in wettbewerbliche Märkte, um die wegbrechenden Erträge im Kerngeschäft zu kompensieren. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen und höheren Risiken für die Steuerzahler. Zukunft.li plädiert in ihrer neusten Studie dafür, die Kosten des Service public in den jeweiligen Sektoren transparent auszuweisen sowie die Grundversorgungsverpflichtungen regelmässig zu überprüfen und an die jeweiligen Bedürfnisse anzupassen. Ausserdem gibt es aus ökonomischer Sicht keinen Rechtfertigungsgrund mehr für eine staatliche Telecom. Daher empfiehlt Zukunft.li, die Telecom zu privatisieren. Das leitungsgebundene Netz als systemrelevante Infrastruktur sollte jedoch bei den LKW und damit in staatlicher Hand belassen werden. Auch die Post könnte längerfristig privatisiert werden, wenn sich nach dem letzten Liberalisierungsschritt im Postbereich ein funktionierender Wettbewerb einstellt.

Ausbaustopp beim Gasnetz – Versorgungssicherheit stärken

Anders präsentieren sich die Herausforderungen im Energiesektor. Die Politik hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens und der Energievision 2050 ambitionierte Ziele gesetzt, die im Rahmen der Studie nicht bewertet wurden. Deutlich wird jedoch, dass die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV) eine zentrale Rolle bei der Umsetzung dieser Klimaziele spielen. Deren Eigenerstrategien und die entsprechenden Spezialgesetze wurden jedoch bislang nicht ausreichend an die neuen Gegebenheiten angepasst. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, muss die zukünftige Rolle von Gas im Wärmebereich geklärt werden. Klimafreundliches Gas ist teuer und aufwändig herzustellen, daher sollte es aus Effizienzgründen künftig nicht zur Beheizung von Wohnhäusern eingesetzt werden. Zukunft.li empfiehlt daher, den Ausbau des Gasnetzes zu stoppen und stattdessen in Wärmenetze zu investieren. Da die Sektoren Gas, Elektrizität und Wärme durch neue Technologien näher zusammenwachsen, sollte erneut eine Fusion von LGV und LKW geprüft werden. Weil es zukünftig anspruchsvoller wird, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen sich die Energieversorger vermehrt auf die Sicherstellung der Grundversorgung und die Erhöhung des Eigenversorgungsgrades konzentrieren. Die Tätigkeit der LKW in wettbewerblichen Märkten, also zum Beispiel Elektroinstallationen, Bau von Fotovoltaikanlagen für Private oder Energieladen, sollte hingegen eingestellt bzw. die Sparten sollten verkauft werden. Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Rechtfertigungsgrund für den Staat, in diesen Märkten Private zu konkurrieren.

LIEmobil gut aufgestellt – aber der Verkehr sollte rollen

Der fünfte Sektor, den Zukunft.li überprüft hat, ist der öffentliche Verkehr. Die LIEmobil ist schlank aufgestellt und kümmert sich um Gestaltung, Planung, Organisation und Vermarktung des Leistungsangebots. Die eigentliche Fahrdienstleistung wird periodisch ausgeschrieben und an private Auftragnehmer vergeben. Aus Sicht von Zukunft.li ist dies eine effiziente und transparente Lösung. Handlungsbedarf besteht jedoch im Bereich der Verkehrspolitik. Zukunft.li hat im vergangenen Jahr mit Road Pricing eine effiziente Lösung zur Steuerung des Verkehrsflusses und zur Reduktion der Staus vorgestellt. Dadurch würde der ÖV zum Rollen gebracht und an Attraktivität gewinnen.

Detaillierte Informationen zur Publikation finden Sie unter www.stiftungzukunft.li.

Stiftung Zukunft.li

Die Stiftung Zukunft.li engagiert sich als liberaler Think-Tank für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung des Standorts Liechtenstein. Die 2014 gegründete Organisation ist unabhängig und transparent, sie finanziert sich aus privaten Stiftungs- und Förderbeiträgen.